

Europäer allein beim Klimaschutz

**Das Kyoto-Protokoll war einst ein Durchbruch,
doch bald sind Japan, Kanada und Russland nicht mehr dabei**

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

BONN. Das Kyoto-Protokoll ist der wichtigste internationale Vertrag zum Schutz des Klimas. Ende 2012 endet der Pakt. Nur die Europäische Union, die Schweiz, Norwegen sowie Australien und Neuseeland sind bereit, über eine Verlängerung zu verhandeln.

Wenn vom Klima die Rede ist, denken viele Europäer an das Kyoto-Protokoll. In diesem Abkommen haben sich die Industriestaaten verpflichtet, ihren Ausstoß des klimaschädigenden Kohlendioxids (CO₂) zu senken. Doch der Vertrag läuft Ende nächsten Jahres aus. Eine mögliche Verlängerung ist ein wichtiges Thema bei den Klimaverhandlungen, die derzeit in Bonn stattfinden. Dabei ist jetzt schon klar, dass das Kyoto-Protokoll bald nur noch Europa inklusive der Schweiz und Norwegen sowie Australien und Neuseeland betrifft. Die USA haben das Abkommen nie unterzeichnet. Nun steigen auch noch Japan, Kanada und Russland aus.

Im Falle Kanadas ist dies nicht erstaunlich. Wegen des Abbaus von Teersanden zur Ölproduktion sind die kanadischen CO₂-Emissionen seit 1990 massiv gestiegen und die konservative Regierung weigert sich, das lukrative Geschäft des Klimas wegen einzuschränken. Japan argumentiert verantwortungsvoller: Tokyo verlangt, dass sich auch die großen Schwellenländer wie China und Indien verpflichten, ihre Emissionen zu begrenzen. Trotz Kyoto haben die Emissionen vergangenes Jahr einen neuen Rekordwert erreicht, der dieses Jahr wohl erneut übertroffen wird. Und im Fall von Russland ist der Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll sogar positiv. Das Abkommen nutzt 1990 als Referenzjahr, um festzulegen, von welcher Basis aus wie viel CO₂ gespart werden muss. 1990 war die Sowjetindustrie noch weitgehend intakt. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Planwirtschaft sind die russischen Emissionen aber deutlich gesunken. Gemäß Kyoto-Protokoll könnte Russland diese ungenutzten Emissionsrechte an ande-

re Länder verkaufen. Steigt Moskau nun aus, verfallen die Verschmutzungsrechte und die Verhandlungen über eine Verlängerung des Protokolls werden einfacher.

Doch auch die verbleibenden Industrieländer, vorneweg jene in der EU, sind nicht bereit, das Kyoto-Protokoll ohne Gegenleistung der anderen großen Länder zu verlängern. „Es ist noch lange nicht klar, dass die EU einer Verlängerung des Kyoto-Protokolls zustimmt“, sagt der EU-Verhandlungsführer Artur Runge-Metzger. Wie Japan hätte die EU lieber ein einziges Abkommen mit Emissionsobergrenzen für Industrie- und Entwicklungsländer. Doch der Abschluss eines derartigen Abkommens ist derzeit nahezu ausgeschlossen. Da US-Präsident Barack Obama mit seinem Klimagesetz im Senat gescheitert ist, gilt eine Zustimmung zu einem internationalen Klimavertrag als illusorisch. Auch die Entwicklungsländer wehren sich gegen völkerrechtlich verbindliche Emissionsobergrenzen.

Es droht eine Lücke beim Klimaschutz.

Aus diesem Grund würde es der EU reichen, wenn diese Länder zumindest im nationalen Rahmen verbindliche Emissionsziele festlegen und die erforderlichen Schritte zu deren Umsetzung gehen. „Die verbleibenden Kyoto-Länder machen gerade mal zehn bis zwölf Prozent der globalen Emissionen aus“, sagt Runge-Metzger. Eine Verlängerung von Kyoto sei nur sinnvoll, wenn es Regeln für die restlichen 90 Prozent der Emissionen gibt. Selbst wenn es gelingen sollte, bei der Klimakonferenz in Durban im November eine Verlängerung des Protokolls zu verabschieden, entsteht eine Lücke im internationalen Klimaregime. Das neue Abkommen muss anschließend in den beteiligten Ländern ratifiziert werden. Das braucht Zeit. Das bestehende Kyoto-Protokoll wurde 1997 verabschiedet und trat 2005 in Kraft. Es gilt daher als unrealistisch, dass eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls pünktlich 2013 in Kraft ist.

INFO

FORSCHER: ATOMAUSSTIEG VERTEUERT STROM KAUM

Der geplante Atomausstieg in Deutschland bis 2022 wird laut einer Studie die privaten Strompreise kaum verteuern. Auch der Ausstoß von Treibhausgasen werde nicht steigen. Laut einer Untersuchung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und der Universität Leipzig müsste ein privater Haushalt bei einem Ausstieg bis 2020 im Schnitt 90 Cent mehr pro Monat zahlen. Bei einem Ausstieg 2015 wären es zwei Euro. Stärker belastet würden die Industriekunden. Bei einem Ausstieg 2015 müsste ein

durchschnittlicher Betrieb 216 000 Euro mehr pro Jahr zahlen. Die Wissenschaftler raten, als Ersatz für Atomkraftwerke eher auf Gas als auf Kohle zu setzen. Dies führe bei ungefähr gleichem Preis zu niedrigeren CO₂-Emissionen. Der Vizechef des Potsdam-Instituts, Ottmar Edenhofer, sagte, die Energiewende sei eines der größten sozialen Experimente, die es in Deutschland je gegeben habe. Die Herausforderung liege aber weniger im Atomausstieg, als in der Umstellung auf erneuerbare Energien und mehr Effizienz. Die Studie gab die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag. *dpa/AFP*